

**FRAGMEX – Fragmentation & Exclusion.
Understanding & Overcoming the multiple Impacts of the
European Crisis**

**Die Krise in Europa mit besonderer Berücksichtigung von
Deutschland und Griechenland**

**Eine Bestandsaufnahme von Krisenperzeptionen auf der Basis
von Experteninterviews**

Deliverable 4

**Konstantinos Maras
KWI-Essen**

Juni 2015

Inhalt

I. Krisenverständnisse.....	3
II. Europäisches Krisenmanagement	8
III. Selbstverständnisse	14
IV. Fremdverständnisse / Die Griechenlandkrise.....	23
V. ‚Grexit‘ ?.....	31

I. Krisenverständnisse*

Der Perzeption einer Krise, welche die Europäische Union nicht wirklich überstanden hat, muss nicht nur derjenige zustimmen, der den Blickfokus ausschließlich darauf legt, wie auf Grund der europa-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung der neuen Athener Regierung die Staatsverschuldungskrise und ihre destabilisierenden Auswirkungen auf den Euroraum wieder auf die Tagesordnung gekommen ist. Denn es wäre bestimmt nicht abwegig, angesichts der zwischen den europäischen Ländern ungleichmäßigen Absicherung gegen zukünftige Krisengefahren, aber auch dessen, dass die Antikrisenmaßnahmen bloß eine Mäßigung systemrelevanter Negativfolgen bewirkt haben, davon zu sprechen, dass künftige Krisen nicht ausgeschlossen werden können [I7: 7]. Vor dem Hintergrund der risikobefrachteten Komplexität der Wirtschaftsabläufe bzw. der „Opazität“ mancher finanzmarktlichen Geschäftspraktiken dürfte zwar fehlgeleitet sein, Umriss einer krisenresistenten Entwicklung, sowie einer risikominimierenden Wirtschafts- und Finanzsteuerung entwerfen zu wollen, gleichwohl sollte man sich doch bestimmten, von der jüngsten europäischen Krise aufgeworfenen Fragen stellen, wie z. B. der nun unabweisbaren Eventualität eines Staatsbankrotts [I4: 16].

Von einer Situationsdeutung auszugehen, in deren Perspektive von einer erfolgreich abgeschlossenen Bewältigung der Krise kaum die Rede sein kann, bedeutet im Grunde genommen der Überzeugung zu sein, dass weder die Abwehrmechanismen zur Krisenvorbeugung [I4: 16], und noch weniger die im Laufe des europäischen Krisenmanagements implementierten regulatorischen Korrekturingriffe an eine Problemlösungskapazität heranreichen, die den Namen der Krisenüberwindung verdient – auf eine klinische Sprache übertragen, würde man die gegenwärtige Konstellation mit dem Bild eines Mannes beschreiben, der noch im Krankenhaus, aber nicht mehr auf der Intensivstation ist [I4: 166]. Jenseits solcher Pathologievergleiche lässt sich

* Die semi-strukturierten Interviews wurden zwischen Dezember 2014 und April 2015 durchgeführt. Die qualitativen Explorationen beziehen sich auf vier gesellschaftliche Bereiche, nämlich Politik, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft. Aus dem politischen Bereich wurden 2 Angehörige des Europaparlaments [I1, I2], sowie ein ehemaliger diplomatischer Vertreter Deutschlands in Griechenland [I3], interviewt. Wirtschafts- und finanzpolitische Aspekte der europäischen Krise und der deutsch-griechischen Beziehungen wurden mit einem geschäftsführenden Vertreter der Deutschen Bank [I4] sowie einem Vertreter der deutsch-griechischen Industrie- und Handelskammer Athen [I5] diskutiert. Die mediale Wahrnehmung der Griechenlandkrise – insbesondere seitens der Printmedien – war Gegenstand eines Gesprächs mit einem der Direktoren einer deutschsprachigen Zeitung, die in Athen erscheint [I6]. Gesprächspartner aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich waren eine ehemalige Bundestagsabgeordnete, die in der Vereinigung der Deutsch-Griechischen Gesellschaften aktiv ist [I7] und ein Historiker und Sozialforscher, der die Griechenlandkrise publizistisch begleitet hat [I8]. Methodologisch verfolgt die qualitativ-inhaltliche Auswertung des Interviewmaterials einem konstellativen Interpretations- und Darstellungsverfahren: Die Aussagen und Stellungnahmen der Interviewten werden in Argumentationsmuster zusammen gebündelt und diese wiederum um bestimmte Argumentationskontexte und Schwerpunktthemen herum angeordnet.

die Frage unzureichender Krisenbewältigungsmaßnahmen in Bezug auf spezifische Felder konkretisieren, in denen noch Handlungsbedarf besteht, und zwar im engsten Zusammenhang mit Regulationspolitiken, die sich als unumgänglich erwiesen haben – vorausgesetzt natürlich, dass man die allorts beklagte finanzökonomische Konditionierung volkswirtschaftlichen Handelns ein Stück weit eindämmen will.

In diesem Kontext kann man dann auch auf in der Öffentlichkeit breit diskutierte Tatsachen hinweisen, nämlich dass weder spekulierende Finanzmarktakteure zur finanziellen Verantwortung gezogen, noch die um sich greifenden Finanzialisierungsprozesse mit Finanztransaktionssteuern belegt worden sind [I7: 8], und noch weniger wurden die großen Kapitalfraktionen dazu aufgefordert, durch eine Erhöhung der Vermögens- bzw. der Erbschaftssteuer [ebd.: 11] das Ihre zur gerechten Verteilung der Krisenlasten beizusteuern – davon ganz zu schweigen, dass a) maßgebliche Teile der Finanzmarktelite, welche die Krise verursacht haben, immer noch an den Schaltstellen der Bankenmacht sitzen [ebd.: 13] und b) eine selektive Krisenlösungspolitik umgesetzt worden ist, und zwar in dem Maße, wie eine ungleiche Verteilung der Krisenlasten zugunsten der größeren Nationen stattgefunden hat [I7: 7]. Insofern sollen die strukturellen Reformen, die etliche EU-Entscheidungsträger im europäischen Süden anmahnen, erstmal im Bereich des seiner Übermacht nach wie vor frönenden Finanzsektors und der extreme gesellschaftliche Ungleichheiten herbeiführenden Vermögenskonzentration angegangen werden [ebd.: 94].

Diesem Verständnis einer Krisenverarbeitung, zu der die wieder erstarkte regulative Autorität wirtschafts- und finanzpolitischer Gegensteuerung wesentlich gehört, steht ein Krisenverständnis gegenüber, für welches zwar durchaus Regulationsbedarf besteht, allerdings nur in Bezug auf bestimmte Exzesse [I4: 117] und unter dem Vorbehalt, dass die Regelbefolgung im Finanz- und Bankensektor nicht mit einer Art flächendeckender Reglementierung bzw. gemeinschaftlicher Verwaltung gleichgesetzt werden darf [ebd.]. Vielmehr kommt es darauf an, den Exzessen der Finanzspekulation gerade nicht ein Übermaß an regulatorischem Bankenaufsichtsinterventionismus entgegenzusetzen, sondern vielmehr eine Balance zwischen Regulatorik einerseits, Freiheit andererseits [I4: 141] obwalten zu lassen, denn man sollte nicht prinzipiell den Mechanismen marktförmiger Selbststeuerung [ebd.: 237] misstrauen – auch dann nicht, wenn man über deren Neigung zu blasenbildenden Übertreibungen [ebd. 121] nicht einfach wegsehen kann.

Der Grund ist leicht zu eruieren: Die Freisetzung finanzökonomischer Übertreibungsdynamiken ist letzten Endes nicht allein das Resultat einer eigenmächtigen Selbstermächtigung der Finanzindustrie, sondern ebenso (zwingendes) Ergebnis fehlender Aufsichtsmechanismen im Rahmen staatlich geförderter Deregulierungsmaßnahmen – zu Übertreibungen gehören immer

zwei Seiten dazu [ebd.]. Man soll übrigens auch dem Marktagieren der Kreditinstitute nicht die Fähigkeit zur Selbstkorrektur absprechen, weil man zur Krisenverarbeitung der Verwerfungen auf dem Finanzmarkt die Tatsache hinzurechnen muss, dass in seiner Gesamtheit der Bankensektor nun mehr anders agiert bzw. sich neue Werte auferlegt hat [ebd.] – oder zumindest dass er sich seiner Sorgfaltspflicht bzw. sozialer Verantwortung mehr bewusst ist [ebd. 165].

Dies bedeutet wiederum nicht, dass nun alles im Lot ist, denn einer der die Krise mitauslösenden Faktoren, d. h., die riesigen Kapitalansammlungen bzw. die Überakkumulation an renditesuchendem Kapital auf den Finanzmärkten im Zusammenhang mit den auf Grund von industriewirtschaftlichen Überkapazitäten infolge von produktionstechnischen Rationalisierungen verminderten Anlagemöglichkeiten, bleibt bestehen. Mit anderen Worten, eine wertsteigernde Verwertung der überschüssigen Liquidität – die übrigens gegenwärtig durch das massive Anleihekaufprogramm der EZB („quantitative easing“) potenziert wird – auf den Kapital-, Aktien- und Devisenmärkten kann nicht von den Profit- und Renditemöglichkeiten, welche die ‚Realwirtschaft‘ bietet, sichergestellt werden. Wahrscheinliche Folge davon wäre, dass eine Wiederholung der krisenverursachenden bzw. zum Finanz-Crash 2008 ff führenden ‚Übertreibungen‘ nicht ausgeschlossen werden kann, und die Gefahr einer Blasenbildung mitnichten gebannt ist. Wenn folglich nicht davon die Rede sein kann, dass die Krise überstanden worden ist – höchstens von einer gewissen Windstille für die großen Nationen kann man sprechen [I7: 54] –, dann auch deshalb, weil eine der dringlichsten Herausforderungen, denen sich die Wirtschaft und die staatliche Wirtschaftspolitik gegenwärtig stellen müssen, darin besteht, die Überakkumulation des Finanzmarktkapitals abzubauen, eine neue Liquiditätsblase zu verhindern, und die riesigen Massen an ‚fiktiven‘ Geldwerten und -vermögen wieder an den Produktionskreislauf anzukoppeln [I4: 185].

Nun, um auf das Verhältnismäßigkeitsgebot zwischen Marktfreiheit und Staatskontrolle zurückzukommen, kann man allerdings eine begründete Skepsis dem entgegenstellen, und zwar insofern, als Zweifel daran angebracht werden können, ob mit dem Verweis darauf, dass zwar die originäre Hauptfunktion des Bankensystems in der Geldversorgung der Wirtschaft besteht, dieser Aufgabe jedoch im Zusammenhang mit einer umfassenden Aufsichtskontrolle des Bankensektors die freiheitliches Marktagieren radikal einschränkende Monopolstellung einer einheitlichen Zentralbank gerecht zu werden vermag [ebd.: 117] – ob damit dem Spannungsverhältnis zwischen originärem Bankengeschäft mit volkswirtschaftlicher Dienlichkeit einerseits, und Investmentbanking samt Spekulationsgeschäften auf den Kapital-, Devisen- und Derivatemärkten andererseits überhaupt Rechnung getragen werden kann. Wenn man von der Krise als einem Erfahrungszusammenhang mit Charakteristika eines Lernprozesses sprechen kann, dann

gehört zum Bestand der aus der Krise zu ziehenden ‚Lehren‘ unweigerlich die Einsicht, dass der Beinahe-Kollaps des internationalen Finanzsystems auf die im Zuge der Deregulierungswelle der 90er Jahre durchgesetzte Aufhebung derjenigen Trennung der Bankensysteme zurückzuführen ist, die von der Roosevelt-Regierung nach dem großen Crash von 1929ff eingeführt worden war [I7:17].

In diesem Sinne lässt sich die Behauptung aufstellen, dass sich die Finanzkrise in Europa dem Umstand geschuldet ist, dass sich die europäische Finanzlandschaft mit der Übernahme finanzmarktlicher Handlungsmuster nach dem Prinzip der Renditemaximierung in eine Abhängigkeit von den Zentren des finanzmarktgetriebenen Wirtschaftssystems gebracht hat, d. h., letzten Endes von den Finanzplätzen New York und London – mit den von diesen Finanzzentren ausgehenden Verwerfungen muss nun Europa fertig werden [I7: 33]. Dies bedeutet aber nicht, dass man der Finanzmarktabhängigkeit – ansonsten treibender Motor der internationalen Bankenkrise –, die alleinige Verantwortung für die europäische Malaise anlasten kann, weil man im Rückblick der begründeten Überzeugung sein darf, dass sich erst auf dem Boden der Auswirkungen der Finanzkrise die Unumgänglichkeit der Auseinandersetzung mit Problemfeldern und strukturellen Dysfunktionalitäten in der Verfassung des europäischen Wirtschafts- und Währungsraums Geltung verschafft hat. Zum Hauptelement des Krisenbewusstseins ist z. B. die Problematik derjenigen Ungleichgewichte bzw. Unausgewogenheiten [I5: 32] avanciert, die nach vorherrschender Meinung auf unterschiedliche Wettbewerbsniveaus und -fähigkeiten zurückzuführen und für die strukturellen Divergenzen zwischen den europäischen Volkswirtschaften verantwortlich sind.

Nun, obwohl kaum Zweifel daran besteht, dass in Bezug auf die Ökonomien des europäischen Südens bestimmte Defizite im produktiven Wirtschaftsmodell und eine unzureichende Wettbewerbsfähigkeit strukturelle Ungleichgewichte herbeigeführt haben [I5: 39 und 134], ebenso unbestreitbar ist es auch, dass im globalen Maßstab gesehen der Verlaufsprozess des modernen marktwirtschaftlichen Weltsystems von ungleichgewichtigen Entwicklungen und sektoralen, regionalen und anderen Ungleichzeitigkeiten gekennzeichnet ist. Die Ungleichgewichts- und Ungleichzeitigkeitsproblematik stellt eine schwierige und facettenreiche Problemlage dar, und sogar aus gesellschaftskritischer Sicht ist der Zusammenhang zwischen den Ungleichgewichten im Hinblick auf die Divergenzen zwischen Wirtschaftszweigen bzw. die Konkurrenzverhältnisse der Unternehmen untereinander innerhalb der Nationalökonomien einerseits, der internationalen Konkurrenz zwischen den Volkswirtschaften bzw. Wettbewerbsstandorten andererseits, nicht zur Genüge herausgearbeitet worden [I8: 51] – geschweige denn die

wechselseitigen Verstärkungsmechanismen zwischen diesen beiden Arten von Ungleichgewichten.

Diese Beobachtungen weisen natürlich eine erhöhte Relevanz für den Formierungsprozess der Europäischen Union (EU) bzw. der vormaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf, und zwar eben auf Grund der großen Produktivitätsunterschiede und divergierender regionaler Leistungsfähigkeitsniveaus [I7: 116]. Wie man sich am Beispiel der USA mit den starken Wohlstandsgefällen und Leistungsungleichgewichten zwischen den einzelnen Bundesstaaten vor Augen führen kann, ist die Integration unterschiedlicher Kapitalbildungsdynamiken, Produktivitäts- und Wettbewerbsfähigkeiten und Wirtschaftsleistungen in einen übergeordneten politisch-föderalen Zusammenschluss durchaus möglich – wie denn auch bei anderen großen Nationalstaaten mit ausgeprägteren Kohäsionsschwächen in Bezug auf Fragen regionalen Ausgleichs, wie Indien, Brasilien oder China [I7: 120]. Wie sich an diesen Beispielen mehr oder weniger gelungener Regional- bzw. Industrie- und Produktivitätspolitik [ebd.: 128] eindrucksvoll zeigt, stellt sich die Herausforderung einer Angleichung diskrepanter Entwicklungsdynamiken wesentlich als eine Aufgabe wirtschaftspolitischer Gesamtsteuerung dar, wobei man hinzufügen kann, dass in bestimmten Rahmen auch die Möglichkeit eines systemimmanenten Niveauausgleichs zwischen den Wirtschaftsnationen vorhanden ist, insbesondere durch die Einführung von internationalen Ausgleichsfonds, mit Hilfe dessen die Leistungsbilanzüberschüsse der reichen Volkswirtschaften mit den Leistungsbilanzdefiziten der schwächeren Wirtschaftsnationen ausgeglichen und dadurch die Handelsbilanzungleichgewichte unter Kontrolle gehalten werden können [I8: 51].

Eine solche Möglichkeit bietet das von Keynes im Rahmen der Bretton-Woods-Verhandlungen entworfene, und gegenwärtig vom griechischen Finanzminister Varoufakis (in einer Studie zum Stellenwert der amerikanischen Defizite im weltwirtschaftlichen Rahmen der globalen Handels- und Finanzströme) wieder in die Diskussion gebrachte Modell eines globalen Mechanismus zum Überschussrecycling. Wie in den Nachkriegsjahrzehnten und bis in die Nuller Jahre hinein die USA ihre Wirtschaftshegemonie mit einem globalen Plan sichern konnten, der mal auf Direktfinanzierung der Wirtschaftszentren im Ausland gegen amerikanische Handelsbilanzüberschüsse, mal auf der Finanzierung der Defizite der USA durch Umkehrung der Kapitalströme Richtung Wall Street beruhte, so ließe sich ein europäischer Ausgleichsplan vorstellen, der den Leistungsbilanzungleichgewichten und den divergenten Entwicklungsniveaus im europäischen Wirtschaftsraum entgegenwirkt – unter den gegenwärtigen Hegemonieverhältnissen in der Union hat er allerdings nicht die geringste Verwirklichungschance [I8: 51]. Zudem kann man bezweifeln, ob mit der Wettbewerbs- und Leistungsbilanzangleichung die

Probleme des Euro-Raums gelöst wären [I2: 18], bzw. ein Gleichgewicht überhaupt möglich ist, und zwar angesichts dessen, dass von der Infrastruktur her verschiedenartige Systeme aufeinander prallen [I4: 28].

II. Europäisches Krisenmanagement

Wenn es also für etliche Krisenperzeptionen stimmt, dass von einer erfolgreichen Krisenbewältigung nur sehr bedingt gesprochen werden kann, dann verweist dies zum großen Teil sicherlich auf kritische Einstellungen bezüglich der Art und Weise, wie die maßgeblichen europäischen Entscheidungsinstanzen gegen die Finanz- und Staatsverschuldungskrise vorgegangen sind. Zunächst und in Bezug darauf, welche Deutung das Handlungsverständnis der europäischen Akteure im Rahmen der Anti-Krisen-Strategie geprägt hat, stellt man fest, dass der um den Begriff der Rettung kreisende Krisendiskurs – zumindest was die öffentliche Debatte in Deutschland anbelangt – den Versuch einer europäisch konzentrierten Aktion zur Bewahrung großer Finanzinstitute vor dem Kollaps in die irreführende Perspektive eines etliche überschuldete EU-Länder erlösenden Gnadenaktes gerückt hat [I1: 18]. Damit wurden die sozial-diskursiven Voraussetzungen dafür geschaffen, dass eine wirtschaftspolitische Intervention zur Stabilisierung (u. a. durch Rekapitalisierungen [I4: 48] und Bankenbeteiligungen) von einflussreichen Segmenten des Bankensektors als die Bekräftigung einer wohlwollenden Hilfsbereitschaft erscheinen konnte, welcher man im Rückblick eine diskursiv zweifache Anschlussfähigkeit an diverse massenmediale Diskurse attestieren kann: *Zum einen* konnte die Rettungsrhetorik mit der öffentlichen Kommunikation und massenmedialen Vermittlung der Anti-Krisen-Strategie (vor allem aber der Bankenrettung, vgl. I1: 214 und I4: 52) als eines gnadenvollen Beistands eine semantische Verschiebung bzw. Umdeutung dessen vornehmen, was dem europäischen Krisenmanagement als Handlungsherausforderungen und Strategieplanungen ins Haus gestanden haben.

Denn fortan standen die öffentlichen Debatten unter dem Zeichen einer metonymischen Verschiebung: Aus der Bankenkrise bzw. den manchmal unübersichtlichen, für die breiten europäischen Öffentlichkeiten schwer durchschaubaren Notlagen einzelner Finanzinstitute und ihrer Bewältigung durch die Stützungsprogramme eines kräftigen Staatsinterventionismus, wurde die politisch-diskursive Festlegung auf eine europäische Staatsschuldenkrise mit eindeutig benennbaren Verursachern einerseits, verantwortungsbewussten, am europäischen Gemeinwohl orientierten und krisenreaktionsfähigen Problemlösern andererseits. Somit kann man im Nachhinein behauptet werden, dass der sozialkonstruktivistische Zug am diskursiven Management

der europäischen Finanzkrise wohl darin besteht, das Verhältnis zwischen einer ordnungspolitisch agierenden, die Auswirkungen der Weltfinanzkrise einzudämmen sich bemühenen staatlichen Korrektur- und Regulationspolitik einerseits, einem strauchelnden, mit allerlei faulen Krediten belasteten Bankensektor andererseits, in eine Schuldenkrise umzudefinieren, in der staatspolitische Souveräne in einem (asymmetrischen bzw. spannungsvollen) Verhältnis von Gläubiger- zu Schuldnerstaaten gegenüber stehen.

Wenn dem so ist, dann lässt sich die fragwürdige Logik eines politisch-medialen Diskurses, dem zufolge eine von Irland bis Griechenland quer durch Europa ziehende überbordende Staatsverschuldung den Wesenskern der europäischen Krise ausmacht, relativ leicht nachvollziehen: Damit tritt eine Problematisierung des Marktversagens des Banken- und Finanzsektors zurück zugunsten einer Fokussierung auf ein (vermeintliches) Staatsversagen, das sich am (anscheinend) weit verbreiteten Phänomen der Staatsverschuldung manifestiert – und zwar unabhängig von den je nach Land unterschiedlichen Ursachenzusammenhängen [I7: 102]. Hier ließe sich der Gedanke anknüpfen, dass sich an dieser Umlenkung des Krisendiskurses und der damit einhergehenden verallgemeinernden Bezugnahme auf die Staatsschuldenkrise Elemente eines Krisenverständnisses bemerkbar machen, die auf die vom Beinahe-Kollaps der deregulierten Finanzmärkte nicht wirklich erschütterte und nach dem kurzen ‚Intermezzo‘ der staatsinterventionistischen Bankenrettung vermittelt der Schuldendebatte wieder zur Geltung gebrachte Grundannahme des (neoliberalen) Wirtschaftsdenkens zurückverweisen, dass für wirtschaftliche Probleme nicht der Markt, sondern immer der Staat verantwortlich ist. Kein Wunder also, dass dem so verstandenen Staatsversagen mit rigorosen Strukturanpassungs- und Haushaltsanierungsprogrammen samt Austeritätsmaßnahmen [vgl. dazu I1: 22] abgeholfen werden muss.

Um auf denjenigen kritisierbaren Aspekt des europäischen Krisenmanagements, der sich als ‚Rettungspolitik als Gnadentakt‘ bezeichnen lässt, zurückzukommen, so kann man daran noch einen anderen Zug diskursiver Verschiebung ausmachen: Je mehr die öffentliche Debatte um die Krisenreaktionsmaßnahmen von Deutungsmustern beherrscht wurde, in denen die finanzielle Stabilisierung strauchelnder europäischer Haushalte nicht als eine koordinierte und auf neuen institutionellen Arrangements basierende Kreditvergabe seitens der EU und einzelner EU-Staaten – wobei letztere zunächst lediglich für die Kredite bürgen, was aber im öffentlichen Bewusstsein verdrängt oder ausgeblendet wird [I1: 42] –, sondern (zum größten Teil) als ein gnadenvoller, aber vor allem im Hinblick auf die Interessen der Steuerzahler, die ja in letzter Instanz für die Kreditbürgschaften gerade stehen müssen, opferreicher Beistandsakt dargestellt wurde, – desto stärker ist die (mittlerweile unbestrittene) Tatsache in den Hintergrund geraten, dass an dieser Art der Krisenbewältigung auch nicht unbedeutende Gewinne erzielt wurden.

Dies gilt einerseits für bestimmte Kreditinstitute, für welche die Rettungspakete nicht nur eine höchst willkommene Refinanzierungs-, Bilanzbereinigungs- und Rekapitalisierungsmöglichkeit gewesen ist, sondern auch eine Art Sprungbrett, um wieder Gewinne einzufahren – da es schließlich immer die Möglichkeit, das Negative zum Positiven zu drehen [I4: 52] gibt, konnte das eine oder das andere Kreditinstitut aus der Rettungsaktion Gewinne ziehen, die es vorher nicht gehabt hätte [ebd.]. Als gewinnbringend hat sich aber auch andererseits der Kreditgnadenakt für den deutschen Fiskus erwiesen: Sowohl die in den deutschen Haushalt zurückfließenden Zinsen aus den Krediten des ESM als auch die EZB-Politik der niedrigen Zinsen haben sich sehr vorteilhaft auf die Haushaltsplanung ausgewirkt und zu Überschüssen geführt, die dem Finanzministerium einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden ermöglicht haben – deswegen hat Finanzminister Schäuble das längst ersehnte Ziel der ‚schwarzen Null‘ erreichen können [I1: 18].

Zum zweiten bezieht sich die an massenmediale Diskurse anschlussfähige regierungspolitische Kommunikation über die Anti-Krisen-Strategie auf diejenige wertungsbezogene Komponente des Gnadenhabitus [I1: 18], die man am besten als Moralisierung des Krisendiskurses bezeichnen kann. Es handelt sich dabei um eine Aufladung der Verständigung darüber, worin die Gründe für die (von der deutschen Bundesregierung und den ‚Institutionen‘) in den Mittelpunkt der Krisendiagnose gestellte Staatsverschuldung bestanden haben, mit einer auf den Duktus moralischer Verfehlung zurückgreifenden Vorwurfshaltung [vgl. dazu I7: 98]. Garantiezusagen, Notfallkredite, Finanzfazilität, Stabilitätsmechanismus – die eher finanztechnischen Aspekte der Krisenbekämpfung werden gewissermaßen umcodiert und der Diskurs der Antikrisenstrategie dementsprechend auf die Sprache einer moralwertigen Beurteilung umgestellt, die sich mittels einer rhetorischen Symbolik der Strafe, des Wohlverhaltens und der Gnadengewährung [I1: 22] vollzieht.

Somit lässt sich die Problematik der Staatsschulden in die politische, massenmedial aufgearbeitete und verbreitete Rhetorik einer Schuldzuweisung transferieren, deren Rechtfertigung sich aus der (als unmittelbar einleuchtend verstandenen) Sinnverkettung von grundursächlicher Staatsverschuldung, selbstverschuldeter Schuldenanhäufung und strafbarer, d. h. mit drastischen Spar- und Kürzungsprogrammen und einer konsolidierender Haushaltsdisziplin zu sühnender Schuld ergibt. Diese Schuldzuweisung hat umso mehr Rechtfertigungsargumente für sich mobilisieren können, als sich im Krisenverlauf die öffentlichkeitswirksame Meinung durchgesetzt hat, dass die Opfer, welche die deutsche Nation mit der Aufgabe der D-Mark dem europäischen Einigungsprozess dargebracht hat, nicht gebührend honoriert worden sind – im Gegenteil: Auf die Trennung von den währungspolitischen Stabilitätsverhältnissen der alten D-

Mark folgte die Zeit der europäischen Einheitswährung, die allerdings weit davon entfernt war und ist, dieselbe Solidität aufzuweisen. In dem Maße nun, wie sich das, was als eine absichtliche Missachtung der EU-Stabilitäts- und Konvergenzregel von fast allen EU-Mitgliedsstaaten aufgefasst wurde, zur Wahrnehmung einer Art Ungerechtigkeit bzw. vorenthaltene Anerkennung der eigenen Opferleistungen verdichtete, gewannen auch im öffentlichen Krisendiskurs in Deutschland Vorwurfshaltungen und Schuldzuweisungen an Überzeugungs- und Resonanzkraft, sowie moralisch-praktischer Evidenz [ebd.: 150].

Die Frage des Krisenmanagements bezieht sich aber auch auf das Agieren der europäischen Gremien und Institutionen, und insbesondere auf die im Verlauf der Krisenbekämpfung wieder entflammte Problematik des Spannungsverhältnisses zwischen Intergouvernementalismus und Gemeinschaftsmethode, oder mit anderen Worten zwischenstaatlicher (Gipfel-)Diplomatie und (möglichst) gleichberechtigter Teilnahme von Kommission, Rat und Parlament an weichenstellenden Entscheidungsprozessen. Nun, die (häufig monierte) Übermacht eines die Geschicke der Union nach Art der Kabinettsdiplomatie des Wiener Kongresses lenkenden Intergouvernementalismus, d. h. die ‚Franco-German-axis‘ bzw. „Le gouvernement Européens Angela et moi“ (N. Sarkozy) [ebd.: 66; vgl. dazu ebd.: 74], mag zwar eine unerfreuliche Entwicklung der politischen Steuerung der Union darstellen, gleichwohl hat sie sich als unvermeidlich erwiesen [II: 58]. Denn vor dem Hintergrund der hinlänglich bekannten Defizite bei der politischen Flankierung der Wirtschafts- und Währungsintegration [ebd.; auch 54; vgl. auch I8: 21], aber auch der Tatsache, dass sich der Finanzministerrat nicht gerade als Problemlösungsinstanz ausgezeichnet hat, ist eine Situation eingetreten, in der dem Handlungsbedarf zu begegnen dem Rat der Staats- und Regierungschefs zugefallen ist [ebd.].

Allerdings soll man betonen, dass, wie berechtigt der Anspruch des Rates, sich alleinige Handlungskompetenz zuzuweisen, immer auch gewesen sein mag, die Ergebnisse seines Krisenmanagements als sehr bescheiden einzustufen sind: Die eingesetzten Instrumentarien waren sehr halbherzig, zu langsam [vgl. dazu auch ebd.: 54] und nicht genug entschlossen [ebd.; auch ebd. 70] – nicht zuletzt deswegen, weil sich die Staatschefs mehr ihrem nationalen Elektorat verpflichtet, als für eine gemeinsame europäische Krisenlösung verantwortlich gefühlt haben. Was die Unentschlossenheit anbelangt, so ist der Weg dessen, was man als Krisenbewältigung zu bezeichnen pflegt, von Versäumnissen und widerrufenen Aussagen gesäumt. Kein Wunder also, dass der Intergouvernementalismus mit der Merkel’schen Reformkonzeption einhergegangen ist, d. h. die den nationalen Regierungs- und Entscheidungsträgern im Sinne des Subsidiaritätsprinzip (und insbesondere in Krisenzeiten) erweiterte Kompetenzen zuweisenden Unionsmethode – ein Rückschritt für die europäische Integration [ebd.: 74].

Ja, man könnte an diesem Rückschritt sogar Züge eines anbrechenden Fragmentierungs- und Erosionsprozesses erkennen, als Europa auf Grund von Machtrivalitäten und Misstrauen, solidaritätsnegierenden Vorurteilen, Nord-Süd-Animositäten bzw. Spaltungerscheinungen und kompromissfeindlichen Diktaten in ihrem politischen Kern zu zerbröseln droht [ebd.]. In gewisser Weise stellen solche Krisen- als Zerfalls- und Fragmentierungserfahrungen trotzdem auch Selbstvergewisserungsnotlagen dar, und zwar insofern, als sich dadurch ein Reflexionsprozess über unhinterfragte Selbstverständlichkeiten, fraglose Fortschrittsannahmen und leichtgläubig-naive Integrationsgewissheiten einstellt. Dann schlägt die Stunde der Einsicht, dass, wie andere historisch-politische Gebilde auch, die Union der Geltung geschichtlicher Kontingenz und der Gesetzmäßigkeit gewaltsamer Übergangs- und Transformationsprozesse nicht entgehen kann und letzten Endes nichts selbstverständlich ist [I7: 575].

Wenn z. B. das europäische Integrationsprojekt in einer Art fortschrittsseligem Überzeugung als Widerspiegelung der Transnationalisierung von Wirtschaftsbeziehungen und politisch-rechtlichen Institutionen im Zuge einer allumfassender Globalisierung aufgefasst wird, dann soll man darauf hinweisen, dass am Anfang des 20. Jahrhunderts die Weltgemeinschaft einen Globalisierungsgrad vorweisen konnte, der erst Anfang der 70er Jahre und nach zwei Weltkriegen wieder erreicht wurde [ebd.]. Und wenn man die Union als Erfolgsmodell einer globalisierungsadäquaten Mobilität von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Menschen, auffassen will, dann sollte man aber nicht vergessen, zugleich auf Gegenwendigkeiten, Spannungsverhältnisse und Rückfallgefahren aufmerksam zu machen: z.B. die Tatsache, dass die Kohäsionskräfte der Union aus der Finanz- und Verschuldungskrise eher geschwächt hervorgegangen sind und die makroökonomische Ungleichgewichte zugenommen haben, sowie die (zunehmend) sinkende Legitimation der EU bei den Bevölkerungen in den Mitgliedsländern [I4: 76] und insbesondere bei den jungen Generationen, deren Beschäftigungschancen schwinden [ebd.].

Gleichwohl wäre eine allzu pessimistische Sichtweise nicht angemessen, weil es doch unbestreitbar sein dürfte, dass, nachdem die Krise eingedämmt und das institutionelle Unionsgefüge zum normalen Funktionsmodus zurückgekehrt ist, die bewährten Mechanismen der Gemeinschaftsmethode immer noch greifen. Dazu trägt natürlich die neue Kommissionspräsidentschaft von Jean-Claude Juncker bei, der unabhängiger und konfliktbereiter als sein Vorgänger, sowie bereiter zu sein scheint, auf Distanz zu deutschen Positionen zu gehen – die Verträge lassen ja durchaus Flexibilität zu [ebd.: 90; skeptisch: 3: 81] und zudem will die Kommission die deutsch geprägte Stabilitätskultur um einen Investitions- und Wachstumsprogramm ergänzen [ebd.: 94; vgl. auch 2: 36], um dadurch der treibenden Integrationskraft des Stabilitäts- und

Wachstumspakts neues Leben einzuhauchen. Dieser wachstumspolitischen Akzentverschiebung stehen allerdings auf der Ebene eines europaweit zuführenden Diskurses über die Notwendigkeit eines Kurswechsels bestimmte Nachwirkungen der im Zuge des intergouvernementalen Krisenmanagements dominant gewordenen Renationalisierung der Europapolitiken entgegen.

Denn es ist nicht nur unbestritten, dass die langen Schatten eines europapolitischen Handelns, das sich primär an nationalstaatlichen Interessenlagen orientiert und europabezogene Handlungslegitimität zuerst und zumeist von der jeweiligen nationalen Öffentlichkeit abgesichert wissen will, den weiteren Verlauf des europäischen Integrationsprozesses begleiten werden, sondern diese Renationalisierungsmentalität scheint darüber hinaus nicht einmal vor dem politisch-diskursiven Verhalten mancher Europaparlamentarier, die ja eigentlich keine nationalen Interessen vertreten, Halt zu machen. Als Beleg dafür kann man das widersprüchliche Verhalten deutscher MdEP aus dem konservativen Lager anführen: Obwohl sich das wachstumsorientierte Programm der Kommission auf europäischer Ebene der Unterstützung des EPs erfreut, findet es im nationalen Kontext keine Resonanz bzw. es wird der Anschein erweckt, als ob das christdemokratische Lager geschlossen hinter der harten Gangart der kompromisslosen Stabilitätspolitik steht. Wenn man dies in überspitzter Form beschreiben will, dann ist es, als ob zwischen Brüssel und Berlin eine Art Mentalitäts- und Gesinnungswandel stattfindet und die MdEP einer Gehirnwäsche unterzogen werden, um zuhause das zu sagen, was dem Mainstream-Diskurs konform ist – ein Form von politischer Schizophrenie [ebd.: 118]. Im Übrigen, der vorherrschenden Stabilitätsdoktrin sich zu entziehen, fällt auch einigen Abgeordneten der Sozialdemokratie sehr schwer [ebd.: 138].

Was die Diskurshegemonie des Stabilitätskurses im Hinblick auf das von Juncker initiierten Stimulations- und Investitionsprogramm anbelangt, so hat es den Anschein, dass sie sich nicht auf den Kontext der deutschen Europadebatte beschränkt, sondern einen größeren Resonanzbogen aufweist: Obwohl zunächst begrüßt, sowohl als Vorboten einer Umorientierung in der Krisenbewältigungsstrategie als auch Zeichen einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Kommission und dem Europaparlament – das ja eine Mitentscheidungsinstanz darstellt, ohne die keine sinnvolle europäische Politik gestaltet werden kann [I2: 40] –, hat die Juncker-Initiative, die ja selbst konservativen Wirtschaftskreisen nicht weit genug geht, doch nicht vermocht, den Stabilitäts- und Austeritätsskonsens aufzubrechen. Die Trendwende, die man sich von dieser neuen Konstellation zwischen den EU-Akteuren (Kommission, Parlament, Rat, Euro-Gruppe

und EZB) erhofft hat, ist nicht eingetreten, weil allem Anschein nach sich die wirtschaftspolitische Vormachtstellung Deutschlands in seiner die eingleisige Durchsetzung der Stabilitätspolitik überall in Europa auffordernden Diskursführerschaft widerspiegelt [I8: 56].

III. Selbstverständnisse

Vor dem Hintergrund dieser von Politik und Media mehr oder weniger geteilten, auf jeden Fall das (Selbst-)Verständnis des Verlaufs des europäischen Krisenmanagements mitbestimmenden Deutungsmuster lässt sich eine Reihe von Beobachtungen über Selbst- und Fremdverständnisse formulieren, wie sie sich insbesondere im Kontext des Krisendiskurses im deutschen Raum artikulieren. Wenn die oben genannte zweifache diskurspolitische Akzentverschiebung überhaupt nachvollziehbar gemacht werden kann, dann nur im erklärenden Rückgriff auf Selbst- und Fremdwahrnehmungsmuster, d. h. durch einen Rückbezug auf die Frage, welche sozialpsychologischen Ressourcen, Wissens- und Überzeugungsannahmen, normative Bezugnahmen, etc., die Krisenerfahrungen im deutschen Diskurshaushalt geprägt haben.

So, wenn man mit der Deutungsfigur des Gnadenhabitus anfangen will, dann schließt sich hier die Beobachtung an, dass sich (nicht nur in Politikerkreisen) im Zusammenhang mit der Europapolitik ein tiefsitzendes Benachteiligungssyndrom [I1: 18] feststellen lässt, und zwar dergestalt, dass sich bei jedem notwendig gewordenen europäischen Integrationsschritt eine Gefühlslage in der deutschen Gesellschaft ausbreitet, die von der Besorgnis geprägt ist, dass er mit Nachteilen für Deutschland verbunden sein wird. Maßgeblich für das Einverständnis, die Integrationsentwicklung mitzutragen, ist für Politik und Gesellschaft dementsprechend die Vergewisserung darüber, was man auf Brüsseler Bühne für sich ‚herausholen‘ kann. Ein prominentes Beispiel dieses Absicherungsbedarfs liefert sicherlich die Währungsumstellung von der D-Mark auf den Euro, als man sich genötigt gesehen hat, sich Sorgen darüber machen zu müssen, wie sich der Austausch einer ‚stärkeren‘ durch eine ‚schwächere‘ Währung rechtfertigen ließe, besonderes angesichts eines Fremdverständnisses, wonach – an den eigenen Essentials solider Haushaltspolitik gemessen – viele von den anderen europäischen Partnern keine strenge Währungs-, bzw. Finanz- und Geldpolitik betreiben.

Als zusätzlicher Besorgnisgrund wird dann erwartungsgemäß die Staatsschuldenkrise wahrgenommen, als man sich in einem Boot mit geld- und fiskalpolitisch ‚unsicheren Kantonisten‘ wähnt. Kein Wunder also, dass im Rahmen einer solchen Situationsdeutung eben diejenigen Elemente des gesellschaftlichen Wissensvorrates bzw. des Bestandes an Überzeugungen und Normenvorstellungen reaktiviert werden, welche für die Selbstverständigung der deutschen

Gesellschaft angesichts einer für das Absicherungsbedürfnis als bedrohlich empfundenen Krisenkonstellation als unverzichtbar gelten: Eigenstolz auf das mit Fleiß und Bescheidenheit Geleistete [ebd.: 30], Wertgeldstabilität als Bekräftigung wirtschafts- und finanzpolitischer Besonnenheit, eine Stabilitätsorientierung mit Vorbildcharakter für das Unionsgebilde. Werden solche tradierten Grundannahmen und festverankerten Überzeugungen von der europäischen Krisenrealität und einer Korrekturpolitik, die anscheinend Züge einer unverantwortlichen Kreditvergabepraxis enthält, missachtet oder – schlimmer noch – zum fremden Vorteil ausgenutzt wahrgenommen, dann macht sich wieder das Benachteiligungsgefühl bemerkbar [I1: 50].

Im Zusammenhang mit dieser gesellschaftlichen Bewusstseinslage und der damit verbundenen Besorgnis über eine überkommene Sicherheitsannahmen in Frage stellende währungs- und finanzpolitische Krisensituation steht auch die Beobachtung, dass ein Teil davon, was man als die harte Reaktion Deutschlands (in puncto Haushaltssanierung, europaweite Einführung der bewährten Schuldenbremse zur Fiskaldisziplin, Strukturanpassungsprogramme und Konsolidierungspolitik) zu bezeichnen pflegt, von dem herrührt bzw. Ausdruck des schlechten Gewissens [I1: 54] der deutschen Politik darüber ist, dass der mit den Maastrichter-Konvergenzkriterien eingeführte Stabilitätsmechanismus nicht völlig implementiert, wie auch die politische Verabredung der EU-Ratsmitglieder zu einer disziplinierten Schuldenpolitik nicht eingehalten wurde.

Nimmt man nun die beiden Aspekte des Selbstverständnisses (Gnadenhabitus und Benachteiligungssyndrom) in Politik und Gesellschaft zusammen, dann kann man sich den Sinngehalt dessen erschließen, was im politischen Krisendiskurs, insbesondere in den Europadebatten im Bundestag, einen großen Stellenwert innehat und als der deutsche Beitrag zur Krisenfestigkeit des europäischen Wirtschafts- und Währungsraums angesehen wird: die Leitvorstellung einer Europäisierung der deutschen Stabilitätskultur – deren Notwendigkeit ja im Übrigen auf den Schock zurückzuführen ist, der die Möglichkeit eines Staatsbankrotts in Europa ausgelöst hat [I4: 16]. Bezieht sich diese auf das Orientierungsziel der deutschen Regierungsführung im Hinblick auf eine als beständige Lösung der Staatsschuldenkrise aufgefasste europaweite Durchsetzung eines rigiden Fiskalregimes, d. h. der Übernahme des deutschen Vorbildes von Haushaltsstabilität [ebd.: 54] bzw. die Umsetzung der europaweit diktierten Haushaltskonsolidierung [I5: 82], so lassen sich gleichwohl gewichtige Bedenken gegen die Realisierungschance einer breiten Diffusion solcher Stabilitätsvorstellungen im europäischen wirtschafts- und politischen Raum vorbringen. Das gewichtigste Argument dagegen dürfte seine Überzeugungskraft aus der kaum strittigen Feststellung ziehen, dass ein solcher fiskalpolitischer Integrationsschritt

(„Fiskalunion“) das voraussetzt, was sich im Verlauf der Krisenbewältigung als die Unumgänglichkeit der Integrationsvertiefung in Richtung Europäische Wirtschaftsregierung herausgestellt hat [ebd.; auch ebd.: 70].

Diese bedarf allerdings des Anstoßes eines politischen Willensbildungsprozesses unter den Mitgliedstaaten, der die wirtschafts- und währungspolitischen Verflechtungen in den Ordnungsrahmen einer politischen Vergemeinschaftung einzubetten bereit wäre – etwas, das selbstredend mit einem Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte einhergeht [I1: 54]. Genau an diesem Punkt erweist sich die Berufung auf das Gebot einer europäischen Stabilitätskultur als Ablenkung von dem, was die Vergemeinschaftung der Haushaltspolitiken in Wirklichkeit bedeutet: die teilweise Rücknahme des Vorrechts der nationalen Parlamente, d. h. ihre Budgethoheit. Obwohl dieser Schritt gut überlegt sein will und sich nicht einfach als Konsequenz des Krisenmanagements ergeben darf, so ist das Ende der finanzpolitischen Kleinstaaterei [ebd.] doch das Gebot der europäischen Integrationsvernunft. Wenn man nicht darüber sprechen will, dann führt man statt dessen Ersatzdiskussionen [ebd.] – wie z. B. über eine Stabilitätskultur.

Somit lässt sich behaupten, dass die von der deutschen Europapolitik mit Rigorosität verfolgte haushaltspolitische Stabilitätszielsetzung als eine nachträgliche Scheinkorrektur des Versäumnisses anzusehen ist, der Währungsunion ein politisches Regelwerk beizugeben, und zwar in dem Sinne von starken Instrumenten zur Garantie stabiler Haushalte [ebd.], wie z. B. die Institutionalisierung eines Absprachesystems, in dessen Rahmen sich die Finanzminister der Euro-Mitgliedsländer gegenseitig informieren und mindestens ein Politikinstrument einsetzen, das dafür sorgt, dass diese Staaten währungspolitisch in dieselbe Richtung steuern. Eklatantes Beispiel des politischen Versagens, einer solchen Gemeinsamkeit währungspolitischer Richtungsziele beizupflichten, stellt unweigerlich der Fall der Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone dar, die im Rückblick alle Mängel und Konstruktionsfehler der Währungsunion offenbart hat. Obwohl der Kommission die Unstimmigkeit der von den griechischen Behörden gelieferten volkswirtschaftlichen Daten bekannt war, konnte sie den Finanzministerrat nicht zum Handeln bewegen [ebd.: 34]. Wie gerechtfertigt der Vorwurf einer fehlerbehafteten, d. h. um den politischen Vereinheitlichungsaspekt samt sozialen und fiskalpolitischen Eckpfeilern [I8: 21] gekürzten Konstruktion der Währungsunion auch immer ist, dürfte es gleichwohl außer Frage stehen, dass das Versäumnis des EU-Rates als Repräsentationsorgans der Nationalstaaten gewissermaßen die Tatsache widerspiegelt, dass keine nationale Öffentlichkeit die mit dem integrationspolitischen Schritt der Wirtschaftsregierung einhergehenden Einrichtung von Kompetenzen auf europäischer Ebene zum jetzigen Zeitpunkt mitzutragen bereit wäre [ebd.:70] – vom politischen Umbau der Union ganz zu schweigen.

Neben dem Anspruch einer sich auf die Maxime ausgeglichener Haushaltsführung berufenden und auf die fiskalpolitische Neuordnung des europäischen Währungsraums (z. B. die verfassungsrechtliche Regelung der Schuldenbremse) hinarbeitenden Stabilitätsführung, weist das deutsche Selbstverständnis noch einen anderen Aspekt auf, der im Zusammenhang mit der vorhin thematisierten Ungleichgewichtsproblematik steht und der Verallgemeinerbarkeit solider Haushaltsstabilität die Vorbildfunktion einer nachahmenswerten Wettbewerbspolitik zur Seite stellt. Wenn Deutschland den Anspruch erheben darf bzw. muss, der Stabilitäts- und Verantwortungsindikator für Europa zu sein [I5: 69], dann nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, dass das Land schon früh den Weg der Wirtschaftsreformen gegangen ist [ebd.: 67] und deshalb nun die Früchte einer rechtzeitigen wirtschaftspolitischen Anpassung ernten kann, der sie dann auch seine gegenwärtige Vorreiterrolle in puncto Wettbewerbsniveau verdankt. Allerdings lässt sich eine markante Spannung zwischen dem feststellen, wie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaftslokomotive zum Vorbild für den europäischen Wirtschaftsraum erhoben wird einerseits, und was dieses für die europäischen Binnenmarktverhältnisse bzw. die Verflechtungen der Nationalökonomien bedeutet andererseits.

Denn wenn sogar die Kommission die Reformbedürftigkeit der auf dem Wege wirtschafts- und marktpolitischer Reformen herbeigeführten Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands geltend macht, weil der damit erzielte signifikante Handelsbilanzüberschuss als das wahrgenommen wird, was er ist, ein makroökonomischer Ungleichgewichtsindikator [I5: 73], dann offenbaren sich immanente Schwächen [ebd.: 19] bzw. eine Kluft [ebd.: 73] innerhalb der Eurozone, wobei man anmerken kann, dass hinter der Frage, ob eine ausgewogenheitsorientierte Anpassung, d. h. eine koordinierte Umsetzung von Maßnahmen sowohl in den Ländern mit schwacher Wettbewerbsfähigkeit als auch in solchen mit positiven Überschüssen [ebd.: 46], in denen, wie z. B. in Deutschland, das hohe Wettbewerbsniveau um den Preis einer schwachen Binnennachfrage bzw. einer ineffizienten Ressourcenverteilung [ebd.: 75] erkaufte wird, ein großes Fragezeichen steht. Dies gilt umso mehr, als sich gesamt europäisch betrachtet die Maxime der Wettbewerbserhöhung zum Zweck der Sicherstellung eines Überschusses in der Leistungsbilanz nicht zur allgemeinen Regel für die Währungsunion eignet: logischerweise können nicht alle Länder zugleich positive Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen.

Die umsetzungsbezogene Fragwürdigkeit einer makroökonomischen Angleichung, d. h. des Abbaus volkswirtschaftlicher Ungleichgewichte, stützt sich auf einsichtige Gründe – vor allem wenn man aus kritischer Sicht die (traditionelle) Hauptorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik betrachtet. So kann man davon ausgehen, dass aus historischen Gründen der ordoliberalen

Ansatz deutscher Prägung, mit Kernelementen wie z. B. Geldwert- und Preisstabilität, Lohndeckelung (bzw. extreme Lohnzurückhaltung) und Vorrang des Exports überschüssiger Waren und Kapitalien [I8: 40], zur Dominanz eines Neo-Merkantilismus in der deutschen Wirtschaftspolitik und -theorie geführt hat. Knüpft man die Feststellung der merkantilistischen Strategie an das Ungleichgewichtsthema an, so ergibt sich das Bild eines spannungsvollen Verhältnisses zwischen dem auf Leistungsüberschüsse fixierten Agieren Deutschlands einerseits, und der binnenwirtschaftlichen Integration des europäischen Wirtschaftsraumes andererseits. Aus einem dezidiert kritischen Selbstverständnis heraus kann man an dieser Spannung folglich Züge einer deutschen Dominanz über die Gestaltung des europäischen Integrationsprozesses ablesen [I8: 32] und eine für das europapolitische bzw. wirtschaftspolitische Handlungsmuster Deutschlands eindeutig negative Bilanz ziehen: Das Land hat den europäischen Integrationsprozess für seine politisch-ökonomischen Zielsetzungen instrumentalisiert und eine Eigeninteressenpolitik betrieben, die mit dem Niedriglohnkurs und dem Export-Dumping die wirtschaftlich schwächeren Länder, von der Peripherie bis zu Frankreich, unter extremen Druck gesetzt [ebd.]. Diese wettbewerbsbezogene ungünstige Lage hat sich seit der Einführung der Gemeinschaftswährung noch verschärft, denn den Peripherieländern blieb nun noch ein einziger Weg, ihren Wettbewerbsrückstand aufzuholen, nämlich dem Modell der ‚inneren Abwertung‘ zu folgen, d. h. Lohnsenkungen, Reduktion der Sozialausgaben, restriktive Haushaltspolitik, etc. [ebd.]. Damit wurde der Spaltung des Kontinents in eine Überschuss- und eine periphere Defizitzone Vorschub geleistet [ebd.].

Will man nun darüber hinaus überschussorientierte Wirtschafts- und auf Disziplin verpflichtete Haushaltspolitik in einen breiten ökonomietheoretischen Rahmen einbetten, so bietet sich das Gegensatzpaar von Monetarismus versus Keynesianismus, bzw. ‚Chicago gegen Harvard‘ [I7: 188] als Einordnungsschema an. Im Hinblick darauf kann man feststellen, dass die monetaristische (bzw. die Sparlinie) seit je die vorherrschende Richtung, ja die ökonomische Orthodoxie in Deutschland ist [ebd.: 180] – angefangen mit der Brüning'schen Sparpolitik im Gefolge der großen Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre bis zum heutigen Tage setzt sich der kaum hinterfragte Primat sparsamer Haushaltspolitik (die sprichwörtliche ‚schwäbische Hausfrau‘) mit einer bemerkenswerten Selbstgerechtigkeit [ebd.: 188] fort. Die Marginalisierung keynesianischer und neokeynesianischer Ansätze, die man als eine Art Provinzialismus des deutschen Wirtschaftsdenkens bezeichnen kann [ebd.], hängt unweigerlich auch mit dem zusammen, was man (nach dem Untergang der Sowjetunion) gemeinhin als den Siegeszug einer marktradikalen, an die Lehren des Erzliberalen August von Hayek angelehnten Doktrin, in de-

ren Zentrum die Deregulierung der Marktwirtschaft steht, auffasst [ebd.: 192]. Von den Mäßigungszwängen, welche die Systemkonkurrenz der Wirtschaftsordnung westlich-liberaler Gesellschaften auferlegt hatte, nunmehr unbelastet, kann sich jetzt das auf neoliberale Deregulierung getrimmte Wirtschaftssystem großer Teile seiner regulations- und sozialpolitischer Einhegung entledigen und die Marktwirtschaft allen überlegen wähnen [I7: 216]. Was den monetaristischen Anteil des (neo-)liberalen Wirtschaftsdiskurses anbelangt, so erweist sich das vorherrschende Wirtschaftsdenken in Deutschland seit jeher besonders empfänglich für die Lehren der Chicagoer Schule, d. h. empfindlich in puncto Geldwertstabilität – die Inflationsangst bzw. -drohung [I7: 225] gehört zum Standardrepertoire des anti-keynesianischen Reflexes.

Wenn wir nun zur Frage des Selbstverständnisses deutscher Europapolitik zurückkehren, so geben die beiden Grundpfeiler der (neo-merkantilistischen) Leistungsbilanzüberschusspolitik und der auf Sparpolitik und Haushaltsdisziplin fokussierten Stabilitätsdoktrin den Hintergrund ab für eine Thematisierung der (viel diskutierten) Problematik eines ‚deutschen Europa‘. Es bedurfte sicherlich nicht des expliziten Hinweises des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Regierungspartei darauf, dass im Laufe der Bewältigung der Krise Europa Deutsch zu sprechen gelernt habe, um Züge eines das europäische Selbstbild Deutschlands prägenden, seinen Führungsanspruch tragenden und stolzen Selbstbewusstseins zu erkennen. Gleichwohl stellt sich die Frage, wie man dieses Selbstverständnis einer Politik mit Modellcharakter für Europa genauer beschreiben und auf sein Überzeugungsfundament hin befragen kann. Mit anderen Worten: a) Handelt es sich dabei um das Ergebnis eines als erfolgreich wahrgenommenen Krisenbewältigungskurses, b) stellt es sich als Bekräftigung bestimmter und trotz Widerstände seitens überschuldeter Länder konsequent durchgesetzter Grundsätze wirtschafts- und haushaltspolitischen Handelns dar, c) oder vielmehr kann man von einer (ideologisch anmutenden) Befangenheit in erfahrungsresistenten Denkschemata sprechen? Nun, sowohl das Deutungsmuster ‚Modell Deutschland‘ bzw. ‚deutsches Europa‘ als auch die aufs Engste damit zusammenhängende Frage nach Triebfedern und Antriebskräften der deutschen Europapolitik lassen sich kontrovers diskutieren.

Generell kann man auf folgende Weise argumentieren: Es mag zwar bis zu einem gewissen Grad stimmen, dass a) die These einer Vormachtstellung Deutschlands für die politische Elite schmeichelhaft ist, und b) das, was die Merkel-Regierung angestoßen hat, zielführend gewesen ist [I4: 84], in Wirklichkeit jedoch lässt sich die deutsche Führung für fremde Zwecke einspannen [I7: 273], d. h., es geht nicht um die Verfolgung eigener Interessen, sondern derjenigen anderer EU-Länder (wie z. B. die von Großbritannien), die im Gegensatz zum deutschen Geschäftsmodell der Industriegüterproduktion auf Finanzdienstleistungen und Services setzen

[ebd.: 277]. Dies wäre zwar in einer arbeitsteilig organisierten Wirtschaftsgemeinschaft an sich keine dramatische Situation, wenn es nur nicht diejenige kontraproduktive Wirtschaftspolitik seitens der deutschen Regierungsverantwortlichen gäbe, welche indirekt der Dominanz der (angelsächsisch geprägten) Finanzwirtschaft in Europa in die Hände spielt, und zwar dadurch, dass sie dem eigenen Produktionssektor mittel- und langfristig schadet.

Denn die merkantilistische Überschussorientierung gepaart mit der Sparsamkeitspolitik vertiefen die makroökonomischen Ungleichgewichte in der Union und konterkarieren die Interessenverfolgung des deutschen Industriestandortes selbst: Wenn 2/3 seines Absatzes in der EU entfällt, aber der Absatzmarkt des europäischen Südens wegbricht, dann handelt es sich um einen Vorgang, an dem man Züge einer selbstverschuldeten Desintegration des europäischen Wirtschaftsraumes ablesen kann. Auf eine kurze Formel gebracht: Man schneidet sich damit ins eigene Fleisch [ebd.]. Oder schlimmer noch: Man macht sich mit dem das Wirtschaftsgefälle in der Union vertiefenden Merkantilismus letzten Endes zum Prügelknaben [I7: 285], obwohl – ironischerweise – die langfristigen Nutznießer der die Wirtschaftsintegration des Kontinents unterminierenden Exportüberschuss-Strategie eher bei den Standorten der Finanzindustrie zu suchen wären. An dieser Stelle meldet sich natürlich die Frage, ob die deutsche Regierungspolitik diesen kontraproduktiven Kurs sehenden Auges bzw. aus voller Überzeugung verfolgt.

Hierzu gibt es *gross modo* zwei Erklärungsansätze, oder, vielleicht besser formuliert, ein Deutungsmuster, dem man divergierende (aber nicht unbedingt gegenseitig sich ausschließende) Prämissen zuweisen kann. Zunächst kann man davon ausgehen, dass das europapolitische bzw. wirtschaftspolitische Selbstverständnis deutscher Entscheidungsakteure von einer Überzeugungsfestigkeit getragen wird, über deren Motivationsressourcen verschiedene Anmerkungen gemacht werden können. Bezug nehmen kann man *zum einen* auf die vorhin erörterte unangefochtene Vorrangstellung monetaristischen bzw. ordoliberalen Gedankenguts im ökonomischen Theoriegebäude der herrschenden Eliten. Die Zweifelsimmunität monetaristischer Grundsätze hat sich auch dann als wirksam erwiesen, als nach fünf Jahren haushaltssanierender Austeritätsmaßnahmen die Effektivität und Erfolgsaussichten des Sparkurses immer stärker unter Kritik geraten. Trotzdem, wer sich eine Kurskorrektur in den Hochburgen des monetaristischen Credos, d. h. u. a. bei den Austeritätsverfechtern der Deutschen Bundesbank und den Ordoliberalen der ‚Wirtschaftsweisen‘ [I8: 40], erhofft hatte, sieht sich gegenwärtig eines Besseren belehrt.

Nun, diesem Festhalten am eingeschlagenen Weg kann man zwar wahlweise Borniertheit, Sturheit oder Eigensinn attestieren, gleichwohl dürfte daran diejenige Zielgerichtetheit unver-

kennbar sein, mit der die deutsche Regierung ihre zu wenigen Kompromissen bereite Konsolidierungspolitik für Europa geltend gemacht hat, und zwar a) aus einer Position der Stärke bzw. aus dem Wissen heraus, dass ohne Deutschland kein Problemlösungsansatz möglich ist [I4: 92], b) vermutlich in der Gewissheit, dass man nicht unbedingt Kompromisse schließen muss, wenn man von der Richtigkeit und Sachangemessenheit der getroffenen Entscheidungen überzeugt ist [ebd.: 96] und c) durch das entschlossene, ja herrscherisch anmutende Auftreten der Bundeskanzlerin [ebd.: 108] – von dem ganz zu schweigen, dass die Krisenkonstellation in Europa von der Europapolitik der Bundesregierung als eine Chance aufgefasst wurde, Reformen auf den Weg zu bringen, die unter anderen Bedingungen schwer durchsetzbar wären [I4: 279]. Schließlich wäre es gewissermaßen abwegig, den Problemlösungsprozess an dem auszurichten, was vielleicht auf der zwischenmenschlichen Kommunikationsebene durch einige Zugeständnisse für eine bestimmte Harmonieatmosphäre gesorgt hätte, jedoch mitnichten der Sachlogik einer krisenresistenten Stabilitätsregelung hätte gerecht werden können [ebd.: 104].

An diesem Punkt kann man allerdings bemerken, dass es doch auch darauf ankommt, gegenüber wem man nicht Zugeständnisse zu machen bereit ist und wie man dabei die Prioritäten setzt: Wenn sich nach dieser Lesart die Unnachgiebigkeit der Bundesregierung gegenüber den europäischen überschuldeten Partnern einerseits als zweckmäßig erwiesen hat, ist es aber doch andererseits ebenso wenig in Abrede zu stellen, dass diese Kompromisslosigkeit größtenteils auf innenpolitische Kalküle, wahltaktische Rücksichten und eine gewisse ‚Wohlfühlpolitik‘ zurückzuführen ist, welche die nationale Öffentlichkeit über die wirklichen Zusammenhänge, Risiken und Nebenwirkungen eines europäischen Krisenmanagements im Unklaren lassen will. Gegen diese Politik der Härte aus innenpolitischer und parteitaktischer Opportunität hat Deutschland glücklicherweise Beispiele verantwortungspolitischen Regierungshandelns aufzubieten, die, wie z. B. die Ost-Politik von Willi Brandt, beweisen, dass eine mit Konsequenz betriebene, europa- und weltpolitisch weitsichtige Strategie möglich ist, die gegen den innenpolitischen Strom schwimmen [I7: 378] bzw. populistischen Verlockungen widerstehen kann [ebd.: 94] und mehr als den nächsten Wahltermin im Blick hat [ebd. 398; vgl. dazu I4: 279].

Nun auf die Politik der Stärke zurückzukommen, so lässt sie sich nicht einzig und allein machtpolitisch, oder eben auch im Hinblick auf das wirtschaftliche Übergewicht des Landes interpretieren: Nimmt man Rekurs auf jenen der Krisenlösungsstrategie moralisierende Untertöne verleihenden Gnadenhabitus, der den Perzeptionshaushalt der Rettungspolitik der Notkredite grundiert hat, so erschließt man sich einen anderen Zugang zum Bestand an Grundüberzeugungen, die dieser anscheinend unbeirrbareren Zielstrebigkeit zugrunde liegen. Über die moralische Rigorosität sparsam-soliden Haushaltens sowie den Anspruch einer quasi normativ

verbindlichen Sparpolitik gelangt man dann auf eine gesinnungsethische Grundlage handlungsleitenden Selbstverständnisses: die protestantische Ethik von Frau Merkel [I7: 293], oder die an die Kantische Pflichtethik angelehnte Maxime von Finanzminister Schäuble, die eigenes Handeln am Maßstab seiner Verallgemeinerbarkeit misst. Im Übrigen, wenn dieser Sparrigorismus gegen einen gewissen „Pumpkapitalismus“ (W. Schäuble), der sich in einer Komfortzone eingerichtet hat und kreditfinanziert über seine Verhältnisse lebt, wettet, dann soll man darauf entgegnen, dass er Kredite auf Investitionen mit dem Kasino-Kapitalismus verwechselt [I7: 338].

Obwohl dem europapolitischen Agieren der Merkel-Regierung, trotz so mancher Zögerlichkeit und Konzeptionslosigkeit, einerseits eine bestimmte Kursfestigkeit nicht abzustreiten ist, stellt sich andererseits die Frage, ob hier Form und Inhalt nicht doch in einem Missverhältnis zueinander stehen. Denn die auf Schuldenabbau fokussierte Antikrisenstrategie wird zwar mit protestantischer Beharrlichkeit und gesinnungsethischem Überzeugungsernst betrieben, gleichwohl muss sie deswegen nicht auch richtig sein – das Führungspersonal ist von seinem Tun überzeugt, aber es hat keine Ahnung [I7: 305]. Dieser Ahnungslosigkeitsattest bezieht sich auf die kritische Einstellung gegenüber einem Wirtschaftsdenken, das den ökonomischen Kreislaufzusammenhang um die Nachfragekomponente des Wirtschaftswachstums verkürzt, Geldwertstabilität bzw. ‚gesunde‘ Staatsfinanzen als Zwecke an sich und die Rolle der Staatsschulden für die Wirtschaft einzig negativ, d. h. als einen den Marktmechanismus störenden und die Inflation anheizenden Faktor, betrachtet. Dies fällt – pikanterweise – in Deutschland als einem der weltweit wirtschaftsstärksten Industriestandorte besonders auf, denn Konjunktur und Wirtschaftswachstum (z. B. in der Güterproduktion) auf dem erwünschten Niveau halten zu wollen, ohne zugleich für eine kaufkraftstarke Nachfrage (seitens öffentlicher und privater Haushalte) Sorgen zu tragen, kommt einem extrem dürftigen Sachverstand gleich [ebd.: 318].

Wenn man folglich davon sprechen kann, dass das wirtschafts- und stabilitätspolitische Handeln der deutschen Führungsriege auf europäischer Bühne falsch ist, weil es sich kontraproduktiv und desintegrativ auswirkt, dann stellt sich *zum zweiten* die Motivationsfrage samt Handlungsüberzeugung und Gesinnungsstrenge von einer anderen Perspektive dar. Will man demnach der Beobachtung Glauben schenken, dass der deutsche Krisendiskurs auf der Stelle tritt, und diese Starrheit wiederum der Tatsache geschuldet ist, dass die deutsche Führung von der Einbahnstraße der Sparpolitik nicht wegkommen und die Grundsatzannahmen der Stabilitätskultur relativieren kann [I1: 150], so ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, dass es sich dabei um ein gegenseitig verstärkendes Wirkungsverhältnis von ideologischer Verblen-

dung und machtpolitischem Kalkül handelt. Denn die Tatsache, dass – von der mühsamen Aufrechterhaltung des Währungssystems und einer gewissen Stabilisierung hier und da [I4: 44] einmal abgesehen – die spar- und politischen Maßnahmen zur Krisenbewältigung (starke) rezessive Wirkungen auf die Sozial- Beschäftigungs- und Wachstumsentwicklung in manchen überschuldeten Ländern nach sich gezogen haben [I6: 73], eben nicht zu einem Umdenken bzw. Strategiewechsel mit Investitions- und Wachstumsorientierung geführt hat, deutet darauf hin, dass der verfolgte und mancherlei Verwerfungen im Unionsgefüge in Kauf nehmende Kurs der Bundesregierung zwar Ausdruck ökonomischer Prinzipienfestigkeit (oder aber doktrinäer Verhärtung) ist, sich aber zugleich als a) machtpolitisches Instrument und b) Strategie zur Absicherung der gesellschaftspolitischen Diskurshegemonie hervorragend bewährt hat [I8: 51].

Erklärt sich jenes mit der wirtschaftspolitischen und durch das intergouvernementale Krisenmanagement europapolitisch gefestigten Vormachtstellung Deutschlands in der EU, lässt sich dieses damit verdeutlichen, dass die kontinuierlich steigenden Zahlungsbilanzüberschüsse die Exportindustrie einschließlich der technologisch hochgerüsteten Klein- und Mittelunternehmen zum Gravitationszentrum eines korporatistischen Pakts zwischen Kapital und Großgewerkschaften gemacht haben. Die bis in die breiten Volksmassen hineinreichende Ab- und Ausgrenzungsmentalität gegenüber dem als hoffnungslos ineffizient gebrandmarkten europäischen Süden ist demgemäß darauf zurückzuführen, dass das aus ordoliberaler Ideologie und exportorientierter Machtpolitik bestehende hegemoniale Selbstverständnis auch in den großen Gewerkschaften und – eingedenk mancher sozialchauvinistischen Einstellungen [I1: 154] – in der Sozialdemokratie fest verankert ist und zudem noch durch die grün-ökologischen Strömungen modernisiert und zukunftsfähiger gemacht wird [ebd.].

IV. Fremdverständnisse / Die Griechenlandkrise

Dem Selbstverständnis der deutschen Europapolitik, die sich zwecks Sicherstellung einer tragfähigen Krisenlösung zur Übernahme der europäischen Stabilitätsführung berechtigt glaubt, steht die Wahrnehmung eines Krisenfalles zur Seite, der im Hinblick auf Griechenland – von den gefälschten Statistiken [vgl. dazu I1: 194] und der Verschleierung der Höhe des Staatsdefizits einmal abgesehen – Züge einer strukturell misslichen Lage trägt. Um nur einige Indikatoren eines krisenanfälligen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs zu nennen: überdimensionaler Staatsapparat, enge, korruptionsaffine Verflechtung zwischen Staat und Bürgern [„Vetternwirtschaft“: I3: 502], staatlich abhängiges Unternehmertum, veraltete Staatsverwal-

tung [I6: 176], komplizierter Rechtsrahmen, hohe Steuerhinterziehung [I7: 152] bzw. Steuerflucht [I3: 3] und unberechenbares Steuersystem, schwerfälliger Justizapparat [I5: 54]. Will man dieser Strukturdefizitdiagnose eine soziale Komponente hinzufügen, so kann man auf gewisse Rückständigkeits hinweisen, die, wie z. B. Clanstrukturen und traditionelle Familienbande, den Eindruck eines transformations- und modernisierungsbedürftigen Landes entstehen lassen, das unter der Gemeinschaft der europäischen Länder als das Uneuropäischste anmutet [I3: 101; auch ebd.: 161 und 245].

Nun, was mittlerweile zum Standard-Repertoire krisenbezogener Griechenlandanalysen gehört, weist einen beachtenswerten und für das europäische bzw. deutsche Fremdverständnis des Landes aufschlussreichen Aspekt auf: Denn allem Anschein nach bedurfte es (des Ausbruchs) der Staatsverschuldungskrise, damit die staatspolitischen und sozialkulturellen Divergenzen a) nicht nur in ihrem vollen Ausmaß ins Blickfeld der europäischen Öffentlichkeit, und zwar nach dem Deutungsmuster „vom Urlaubsparadies zum Alptraum“, gerückt, sondern b) darüber hinaus als die Ursache eines inneneuropäischen Spannungsverhältnisses eingehender thematisiert werden können. Diese brennpunktartige Konzentration auf all das, was an dem von der Krise am härtesten betroffenen Land als Abweichung von (bzw. Inkompatibilität mit) den Stabilitäts- und Konvergenzkriterien der Wirtschafts- und Währungsunion wahrgenommen wird, stellt gewissermaßen eine nachträgliche Generalrevision und retroaktive Überprüfung dessen dar, dass die Europäische Union für sehr lange Zeit – im Grunde genommen seit der Aufnahme des Landes in die damalige EG – Integrations- und Kohäsionspolitik mit der unkritischen und kontrollfreien Gewährung von Subventionen verwechselt hat. Will man der aus der Psychoanalyse stammenden Deutungsfigur der Wiederkehr des Verdrängten zureichende Erklärungskraft zugestehen, dann ließe sich der zäsurartige Perzeptionswandel Griechenlands in der europäischen Öffentlichkeit als die Wiederkehr der verdrängten Gewissheit bezeichnen, dass die Subventionspolitik der Union mehr den traditionellen klientelistischen Netzwerken als der Modernisierung bzw. Europäisierung des Landes zugutegekommen ist [I3: 11 und 498] – von demjenigen Aufmerksamkeitsdefizit, dem sich das Bild Griechenlands als eines Urlaubslandes, das ansonsten bei europäischen Entscheidungsprozessen wenig mitzureden hat, bis zum Ausbruch der Krise verdankte, ganz zu schweigen [I3: 486].

Wenn demnach diese nachträgliche, der Schockerfahrung eines nicht EU-konformen Landes entsprungene und bald Züge einer Konfrontationswahrnehmung [ebd.] annehmende Bewusstwerdung des Ausmaßes einer Krise, die nicht nur den griechischen Fiskus, sondern fast alle Lebenswirklichkeiten im Lande umfasst, den Umschlag der Fantasieproduktion [I3: 498] des ‚Urlaubsparadieses‘ in einen europäischen ‚Alptraum‘ nachvollziehen lässt, so kann sie auch in

Bezug auf die deutschen Perzeptions- und Deutungsmuster der griechischen Schiefelage Erklärungshilfe leisten. In dieser sozialpsychologischen Perspektive tut sie dies in der Tat, bedenkt man zudem, dass Schockerlebnisse die Fähigkeit herausfordern, Stressbewältigung durch Komplexitätsreduktion möglich zu machen. In Bezug auf Letztere lässt sich dann ein Zusammenhang zu der vorher thematisierten Verschiebung der Wahrnehmungsparameter deutsch/europäischer Rettungspolitik herstellen: Dem Sachverhalt, wie das neu geschaffene, die Kreditvergabe an in Refinanzierungsschwierigkeiten geratene staatliche Haushalte auf institutionelle Basis stellende Regelwerk des Stabilitätsmechanismus in die Wahrnehmungsperspektive eines Gnadenaktes für Sünder-Staaten gerückt worden ist, deren Schulden-Sünden durch die Buße rigoroser Sanierungsmaßnahmen gesühnt werden sollen, korrespondiert auf diese Weise ein die unangenehme Nichtkonformität verarbeitender Blickwinkel, in dem der Stress des verdrängten, nun aber völlig manifest gewordenen Faktums der fehlgeleiteten Integrationsentwicklung Griechenlands durch die Zuschreibung einer irreführenden bzw. strategisch manipulativen Handlungsabsicht abgebaut wird – mit anderen Worten Betrug [I1: 46].

Dessen komplexitätsreduzierendes Erklärungspotential liegt auf der Hand: *Zum einen* stellt er ein verständnis erleichterndes Kontinuum zwischen der Makro- und der Mikroebene her: Nach dem Schema ‚wie im Großen – so im Kleinen‘ wird die ‚kreative‘, d. h. mit manipulierten Angaben die Euro-Qualifizierung sicherstellende Statistikführung, d. h. letztes Endes der Vertrauensverlust des griechischen Staates, mit den Mikrowelten der Alltagskorruption [ebd.: 42] zusammengeführt: Betrug avanciert auf diese Weise zum gemeinsamen Nenner staatlichen und sozialen Handelns [I1: 50].

Wird, *zum zweiten*, die Betrugskomponente der Korruption zum Gravitationszentrum eines auf nachvollziehbare Handlungsmuster fixierten, die Problematik der Staatsverschuldung um bestimmte finanzwirtschaftliche Aspekte verkürzenden (Fremd-)Verständnisses, so lässt sich der Bezug zwischen korruptionsaffinem Täuschungsverhalten, kreditfinanziertem Sozialstaatsniveau, klientelistischer Privilegiensicherung auf Basis von EU-Transferleistungen und selbstverschuldeter Schuldenüberakkumulation mühelos herstellen.

Zum dritten trägt die Unaufrichtigkeits- als Betrugszuweisung nicht nur dazu bei, durch den Verweis auf das kredit- und subventionsfinanzierte (d. h. nicht durch Eigenleistung erreichte) Wachstums- Sozialstaats- und Konsumniveau in Griechenland der massenmedial wirksamen Aktivierung von Klischees der Art ‚faule (bzw. trickreiche) Griechen‘ [vgl. dazu I6: 55-65] Vorschub zu leisten, sondern auch das Kreditverhältnis zwischen Gläubiger(n) und Schuldner ins grelle Licht einer über verantwortungslose, weil auf den anstrengungslosen und kreditfinanzierten Wohlstand erpichte Schuldner Gericht haltenden Vorwurfshaltung einzutauchen – damit

lässt sich die moralische Aufladung des Stabilitätsdiskurses ein Stück weiter nachvollziehen. Unmotiviert ist diese anklagend anmutende Haltung übrigens auch deswegen nicht, weil ja bekanntermaßen Schulden haben in Deutschland ohnehin als unanständig gilt, sowohl für Privats als auch öffentliche Haushalte [I1: 18 und 54] – vermutlich weil nur in der deutschen Sprache ‚Schulden‘ und ‚Schuld‘ dieselbe Wurzel haben.

Vor diesem Hintergrund kann man sich dem Sachverhalt nähern, der mit zu den Gründen für die moralisierende Kriseninterpretation gehört, dass nämlich die Krise letzten Endes durch die Überschuldung sowohl öffentlicher wie privater Haushalte, d. h. die exzessive Kreditvergabe bzw. Aufnahme von Krediten, ausgelöst wurde [I8: 36]. Obwohl dieses Phänomen Gegenstand intensiv und kontrovers geführter Debatten um die spezifischen Merkmale des gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzregimes und vielenorts unter den Begriff der Finanzialisierung gebracht wurde, sollte man zunächst die Tatsache nicht außer Acht lassen, dass, wenn man die Geschichte der modernen kapitalistischen Wirtschaftsweise betrachtet, die Kreditexpansion immer eine konstante Begleiterscheinung bzw. dynamischer Antriebsfaktor des Krisenzyklus gewesen ist – denn ohne diese Krisendynamik würde die Reproduktion und Expansion des Wirtschaftssystems stillstehen [ebd.]. Markanterweise wird dies aber im Kontext des deutschen Krisendiskurses in Politik und Öffentlichkeit völlig ausgeblendet und die zyklische Entwicklungsdynamik des Weltsystems dem individuellen Konsumverhalten oder der staatlichen Kreditfinanzierungspolitik, d. h. im Grunde genommen der kollektiven Verfehlung bestimmter Akteure, zugeschrieben. In Deutschland werden solche Krisenperzeptionen auch noch durch die meinungsbildende Diskurshegemonie der ordoliberalen Theorie verstärkt, die die Spar- der Investitionspolitik vorzieht. Kein Wunder also, dass hier zu Lande Staatsverschuldung als eine Katastrophe wahrgenommen wird [I7: 110].

Dies dürfte man als eine völlig fehlgeleitete Sichtweise auf den wirtschaftlichen Kreislauf bezeichnen, und dies umso mehr, als sich die populäre Rhetorik sparsamen Wirtschaftens (‚schwäbische Hausfrau‘) – tief verankert sowohl im gesellschaftlichen Imaginären als auch in der Haushaltspolitik des Finanzministeriums – und eine starrsinnige Schuldenrechnung weigern, sich die Frage zu stellen, welche möglichen Vermögens- und Sachwerte den aufgenommenen Krediten gegenüberstehen. Wie der privaten Kreditaufnahme Sachwerte gegenüberstehen können, so verhält es sich dementsprechend mit kreditfinanzierten öffentlichen Investitionen z. B. in Bereichen wie Verkehrsinfrastruktur, Bildung und Gesundheitswesen. Schließlich sollte sogar dem überzeugendsten Verfechter des Primats der Sparmaxime nachvollziehbar sein, dass es nicht viel nutzt, wenn man zwar einerseits die Neuverschuldung auf null senken

kann, andererseits aber dafür eine verlotterte öffentliche Infrastruktur in Kauf nehmen muss [ebd.: 111].

Zudem lässt sich zum Vorwurf der Sparpolitikanhänger gegen das, was in ihrer Sicht als exzessive Kreditannahme und „Pumpkapitalismus“ (W. Schäuble) ist, anmerken, dass zum Phänomen der Überschuldung privater und öffentlicher Haushalte nicht nur die expansive Kreditvergabepolitik der Banken, wie z. B. in den USA vor dem Ausbruch der Immobilienkrise der Fall war, beigetragen hat, sondern auch solche Faktoren wie a) die niedrigen Lohneinkommen, die die Arbeitnehmerhaushalte dazu zwingen, das niedrige Niveau ihrer Lohneinkommen durch Privatschulden und Kreditkartenkonsum auszugleichen, und b) die ungleichgewichtigen Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Zyklus, welche die Regierungen der schwächeren Volkswirtschaften dazu bringen, ihre Haushalte aufzublähen, um die dringend erforderlichen Investitionen zu finanzieren [I8: 36].

Nun, obwohl beides sicherlich auf den griechischen Überschuldungsfall zutrifft, ist wohl ein anderer Aspekt der exzessiven Kreditannahme, der für das deutsche Verständnis der Griechenlandkrise eine eminente Rolle gespielt hat, und zwar – im Zusammenhang mit dem Vorwurf, das Land habe über seine Verhältnisse gelebt – die (künstliche bzw. nicht durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum erzeugte) Wohlstandsstimmung, welche die seit der Euro-Einführung billiger – d. h. zu niedrigeren Zinsen als in den Zeiten der alten Währung – gewordene Kreditannahme bzw. -vergabe ermöglicht hat. Hierzu kann man die Beobachtung anstellen, dass in puncto Verbraucherkredite, Kreditvergabepolitik der Banken und fehlende Kreditaufsichtsmechanismen das Euroland Griechenland eher dem amerikanischen Modell gefolgt ist [I7: 112].

Denn der inklusive, den Arbeitnehmer-, aber auch Niedrigeinkommenschichten Wohneigentum- und Konsummöglichkeiten bereitstellende ‚Volkskapitalismus‘ US-amerikanischer Prägung hat allem Anschein nach das vorgezeichnet, was für breite Bevölkerungsschichten in Griechenland durch die Fazität der billigen Konsumkredite [ebd.: 140 und 164] in greifbare Nähe gerückt zu sein schien: Unabhängig davon, ob man an den von den herrschenden Klientelnetzwerken kontrollierten Umverteilungsmechanismen Teil hatte und von den Günstlingswirtschaftskanälen profitieren konnte, gab es nun anscheinend die an ganz wenige Vermögensvoraussetzungen geknüpfte Möglichkeit, sowohl Einkommensrückstände zu kompensieren als auch Konsumansprüche zu erheben, die man einem gehobenen Lebensstandard gemäß betrachtete [ebd.: 136]. Kein Wunder, dass sich bald Phänomene des Neureichtums [ebd.: 140] breit gemacht haben, die dem europäischen Griechenlandverständnis immer noch Rätsel aufgeben: Unternimmt man z. B. eine Reise an der Attischen Küste entlang zwischen Piräus und dem Kap

Sounion, stellt man anhand der Yachthäfen verblüfft fest, dass, wen man von einem armen Staat reden muss, gleichwohl keine Rede von einem armen Land sein kann [I1: 194].

Dieses Paradoxon aufzuschlüsseln fällt einem nicht schwer, wenn man bedenkt, dass die kreditgestützte Wachstumsentwicklung des griechischen Inlandproduktes in den Jahren vor dem Ausbruch der Krise zwar einen wohlstandsbezogenen Streuungseffekt nach sich zog, gleichwohl hat sich dadurch weder an der extrem ungleichen Reichumsverteilung [I1: 198], noch an den Umverteilungsmechanismen der Steuerpolitik etwas geändert – deshalb wäre das Gebot einer sozialgerechten Krisenlösungsstrategie, welche die hausgemachte Ursachen für die gegenwärtige Misere der Staatsfinanzen ins Visier nimmt, eine gerechte, die Steuerprivilegien der oberen Einkommensschichten beschneidende und die Staatseinnahmen verbessernde Steuerpolitik [ebd.: 22; vgl. dazu 3: 3; dazu I6: 161], sowie ein konsequentes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung [I2: 36].

Von den für den griechischen Fiskus vorteilhaften Effekten eines gerechteren und stabilen [I6: 161] Steuersystems einmal abgesehen, wären Reformen in diesem Bereich als Teil einer Kurkorrekturpolitik anzusehen, welche die ungleichmäßige gesellschaftliche Verteilung der Krisenlasten aufheben würde, d. h., die Tatsache, dass die mittleren und unteren Sozialschichten nicht nur den Großteil der im Zuge der Haushaltskonsolidierung erheblich gestiegenen Steuerbelastungen schultern, sondern gewaltige Einkommenseinbuße hinnehmen mussten [I2: 36]. Allerdings muss man hinzufügen, dass die krasse Einkommensungleichheit in der griechischen Gesellschaft nicht allein den Auswirkungen der Krisenpolitik angelastet werden sollte. Wenn man von unabwendbaren Korrekturen sprechen muss, dann gehört dazu, dass die Griechen selbst bzw. die breite Mehrheit, gegen ihre Eliten demonstrieren [I3: 101] und statt die Schuld bei anderen zu suchen bei sich selbst anfangen soll [I6: 129; vgl. dazu 3: 101]. Denn es mag zwar außer Zweifel stehen, dass die deutsche Exportwirtschaft am stärksten von der Korruption und dem Klientelismus der griechischen politischen Klasse profitiert hat, viele auslösende Faktoren der griechischen Wirtschafts- und Gesellschaftskrise sind jedoch hausgemacht [I8: 32]. Zudem hat es in Politik und Gesellschaft in Griechenland nie eine Auseinandersetzung mit dem Problem der Staatsverschuldung bzw. der Frage, wofür die aufgenommenen Kredite verwendet werden, gegeben – weder von den Regierungs- noch den Oppositionsparteien [I6: 31].

Nun, in Bezug auf die Kurskorrektur, sie ist aber auch dort notwendig, wo dem gängigen Krisenlösungsverständnis nach die Meriten der Haushaltskonsolidierung und -sanierung liegen, d. h. bei der Fortsetzung der Austeritätspolitik. In Bezug auf einen Kurswechsel kann man zunächst der Diagnose der kontraproduktiven Einseitigkeit, d. h. der eklatanten Ineffektivität der Sparpolitik ohne flankierende Investitions- und Wachstumsimpulse [vgl. dazu I2: 36; 5: 8],

einen weiteren Aspekt hinzufügen, nämlich, dass es möglich sein dürfte und sollte, der neuen griechischen Regierung Handlungsspielräume offen zu lassen, um das Ziel des Abbaus des Staatsdefizits mit anderen Mitteln zu verfolgen, als den von den ‚Institutionen‘ diktierten bzw. oktroyierten [I4: 68] – wie dieses Ziel erreicht werden kann, dies sollte man im Rahmen der gegenwärtigen Verhandlungen der griechischen Regierung überlassen [I1: 194 und 202]. Diese vertrauensbildende Verhandlungseinstellung stellt sich umso notwendiger dar, als man zurzeit das Fehlen jeglicher Wachstumsdebatte, aber auch die unerträgliche Fortdauer der Rezession der griechischen Volkswirtschaft konstatieren muss [I6: 73]. Die Abwärtsspirale, in die die Ökonomie seit fünf Jahren allem Anschein nach ohne Erholungsperspektiven geraten ist, kann man übrigens als ein Armutszeugnis für die europäischen Troika-Kontrolleure bezeichnen: Der Staat bedarf zwar einer externen Strukturreform- und Aufbauhilfe, bestimmt aber keiner Haushaltssanierungsaufsicht, deren Wirken zum Anwachsen der Schuldenberge beigetragen hat [ebd.: 157; vgl. dazu 6:149]. Gleichwohl dürfte ein Ende [I7: 509] bzw. die dringliche Abkehr von der deutsch-europäischen Austeritätspolitik als unwahrscheinlich gelten [I8: 26].

Mit diesem auf Grund der Einseitigkeit der verfolgten Austeritätspolitik als gescheitert wahrgenommenen Monitoring der ‚Institutionen‘ hängt sicherlich auch die Tatsache zusammen, dass im Verlauf der Krise das griechische Verständnis vom europäisch/deutschen Krisenmanagement zunehmend von Perzeptionen eines Machtverhältnisses bestimmt wurde. Fasst man nun Macht in möglichst allgemeiner Weise auf, und zwar im Weber’schen Sinne als die Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, und überträgt man in einem nächsten Schritt dieses Machtverständnis auf die griechischen Perzeptionen dessen, wie die EU-Entscheidungsträger die Schuldenkrise durch die Durchsetzung einer europaweit zu geltenden Stabilitätskultur zu bewältigen versucht haben, dann erschließt man sich die Matrix der von Animositäten und Anfeindungen geprägten Spannungsverhältnisse zwischen Griechenland und Deutschland. Setzt man zudem dazu, dass sich in mancherlei Hinsicht an der Griechenlandkrise exemplarisch gezeigt hat, wie destabilisierend für das Unionsgebilde die Auswirkungen der Krise gewesen sind, aber auch welche Kontroversen der eingeschlagene Stabilitätskurs ausgelöst hat, so versteht man diejenigen Argumentationen eher leichter, denen zufolge in Griechenland die Folgen der deutschen Dominanz – d. h. ein die EU beherrschendes Machtverhältnis – über die Gestaltung des europäischen Einigungsprozesses besonders deutlich sichtbar geworden sind [I8: 32].

Vor diesem Hintergrund ließe sich die Feindbildung, die am markantesten in den massenmedial verbreiteten NS-Vergleichen in der griechischen Zeitungslandschaft hervorgetreten ist, etwas genauer in den Blick nehmen. Zunächst steht außer Frage, dass solcher Art stereotypische

Feindbildungen und vorurteilsgetriebene Anfeindungen immer wieder aktivierbar sind [I6: 31 und 129]. Allerdings sollte man hier eine gewisse Vorsicht walten lassen, weil die NS-Vergangenheit zwar in polemischer Absicht in den verschiedensten Streitkontexten und Konfrontationskonstellationen immer wieder zitiert wird [vgl. dazu I4: 108], um anti-deutsche Einstellungen und Positionierungen propagandistisch zu munitionieren, gleichwohl muss man feststellen, dass in keinem anderen Land der EU – nicht einmal in denjenigen, die sich ebenfalls dem harten Spar- und Austeritätskurs unterziehen mussten [I6: 129] – die Wahrnehmung eines machtbesessenen und der EU seinen Willen aufzwingenden Deutschland so stark von NS-Feindbildern geprägt wurde [I6: 133, vgl. dazu I7: 509]. Dies lässt sich *zum einen* auf jene Art von Schaukelbewegung zurückführen, als deutsche und griechische Printmedien sich gegenseitig angeheizt haben [I3: 101].

So stehen auf der einen Seite Bildinszenierungen, in denen ausgerechnet das Land, dessen Integration in die Gemeinschaft moderner Nationen sich einer breiten europäischen Solidaritätsbewegung verdankt, nunmehr im europäischen Selbstbewusstsein den Nimbus eines Ursprungs abendländischer Zivilisation eingebüßt zu haben scheint. Verblüfft stellt man dabei fest, wie traditionelle Symbole aus dem europäischen Kulturarsenal in den zwielichtigen Bereich einer mutwilligen Scheinheiligkeit gerückt werden. Allerdings muss man hinzufügen, dass es einen gewissen Wandel in der Medienberichterstattung gegeben hat, als im Unterschied zu 2010-2012 das gegenwärtige Griechenlandkrisenbild eine höhere Differenzierung aufweist [I6: 15]. Auf der anderen Seite bekommt man das bekannte Bildrepertoire teutonischen Autoritarismus, nationalsozialistischen Machtwillens und neudeutschen Dominanzgebarens nach Gutsherrenart – statt Frau Merkel hat diesmal aber der Finanzminister die Rolle des Buhmanns übernommen [ebd.: 11].

Zum zweiten kann man die gegenseitige Publikumsbeschimpfung – oder milder ausgedrückt: die billigste Art miteinander umzugehen [I7: 508] – sowohl im politischen Diskurs als auch in der Medienöffentlichkeit folgendermaßen nachvollziehbar machen. Davon abgesehen, dass die Vermutung im Raum steht, dass am Beginn der Griechenlandkrise eine gesteuerte Öffentlichkeitskampagne seitens bestimmter deutscher Printmedien gegeben hat [ebd.: 15], wäre auch die Mutmaßung nicht abwegig, dass sich das auflagenwirksame bzw. -steigernde Griechenland-Bashing [I4: 40] gegen ein Land gerichtet hat, auf das man gewissermaßen risikofrei ‚einprügeln‘ [I7: 488] kann: Das Land ist das schwächste Glied in der Kette und bietet genügend Anlässe für die Bedienung billiger Instinkte und ausländerfeindlicher Ressentiments [ebd.: 442] – auf den Italienern herum zu trampeln dürfte da etwas schwieriger sein [ebd.: 487]. Nicht auszuschließen wäre übrigens auch die Hypothese, dass Griechenland bzw. das griechische Volk

deswegen in den Fokus einer ressentimentgeladenen Aburteilung geraten ist, weil es in der öffentlichen Wahrnehmung immer die Griechen gewesen sind, die sich am meisten gegen die Stabilitätskultur gesperrt haben [I3: 101] – die anderen Länder waren anscheinend nicht so reitent.

Nun, um auf die griechische Seite Bezug zu nehmen, so steht außer Zweifel, dass die schnelle Reaktivierung anti-deutscher Einstellungen kaum verwundern kann angesichts der Tatsache, dass die Résistance-Gedenkkultur einen festen Bestandteil des nationalen Selbstverständnisses ausmacht. Gleichwohl sollte man das Bild eines fest verankerten-unverrückbaren Feindbilderreservoirs geschichtlich relativieren, indem man darauf hinweist, dass es in den letzten Jahrzehnten der Anti-Amerikanismus gewesen ist, der die Hauptressource mobilisierender Feindbildung [I6: 129] dargestellt hat. Der gegenwärtige ‚Paradigmenwechsel‘ vom Antiamerikanismus zum Antigermanismus sollte demnach im Zusammenhang mit zwei Sachverhalten gesehen werden: *Zum einen* stellt – allem Anschein nach – die Aktivierung anti-deutscher Feindbilder diejenigen Antriebskräfte und Überzeugungsfestigkeiten bereit, welche die resolute Ablehnung der als Oktroi wahrgenommenen Strukturreformen und Sparmaßnahmen der europäischen Stabilitätspolitik tragen können. Auf diese Weise lässt sich die radikale Kritik an der europaweiten Durchsetzung der Stabilitätskultur in der griechischen Politik und Gesellschaft als Wiederaufführung (‚Reenactment‘) einer Résistance-Handlung auffassen.

Zum zweiten sollte man auch den sozialpsychologisch stark ausgeprägten anti-staatlichen Impuls in Rechnung stellen: In breiten Bevölkerungsschichten herrscht traditionell ein tiefes Misstrauen gegenüber dem autoritären Machtstaat bzw. der Bevormundung der Staatsapparate mit ihren gesellschaftlich allgegenwärtigen Machtstrukturen [ebd.]. Dieser anti-etatistische Impetus hat sich nun in Bezug auf die als von Deutschland dominiert wahrgenommene EU auf die politisch-wirtschaftlich hegemoniale Macht übertragen – so wendet man sich z. B. nicht oder nicht primär gegen den neoliberalen Stabilisierungskurs (z. B. des IWF) im allgemeinen, sondern diejenige deutsche Fremdherrschaft, von der man sich anzunehmen berechtigt glaubt, dass sie durch die Austeritätsprogramme ausgeübt wird [ebd.: 133].

V. ‚Grexit‘ ?

Mit der Wahl der SYRIZA-Regierung in Athen ist die Euro-Krise in ein neues Stadium eingetreten, die Verhandlungen mit den Gläubigern laufen auf Hochtouren und – will man der Medienberichterstattung Glauben schenken – das griechische ‚Schulden-Drama‘ nähert sich einem Höhepunkt. Es stellt sich nun die Frage, ob das Ende dieses Dramas das Ende der Krise einläuten wird. Kurzfristig gesehen, kann man davon ausgehen, dass sich die Krise weiter zuspitzt,

und zwar bis die neue Regierung entweder a) den Forderungen der ‚Institutionen‘ nachgibt, oder aber b) zahlungsunfähig geworden und gescheitert ist [I8: 8-9]. In mittelfristiger Perspektive geht die Krise auf jeden Fall weiter. Obwohl es unter Wirtschaftswissenschaftlern aller politischen Lager insgeheim als ausgemacht gilt, dass Griechenland seine Schulden niemals zurückzahlen können, wird dies in der Medienöffentlichkeit nicht zugegeben. Ebenso marginalisiert wird die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit eines Schuldenerlasses und eines damit gekoppelten Stimulierungsprogramms zum Wiederaufbau der griechischen Wirtschaft. Angesichts dessen hat es den Anschein, dass dem Land mittelfristig weitere verlorene Jahrzehnte bevorstehen – geprägt durch Krise, Depression und Massenverarmung [ebd.]. Noch schlimmeres zu gewärtigen hätte man bei einem Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone: Es wird zu einer nicht beherrschbaren Hyperinflation [I1: 214] kommen, die das Land in eine Hungerkatastrophe führen würde, kombiniert mit einer extrem repressiven Planwirtschaft des Mangels [ebd.: 21] – eine Katastrophe in politischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht [ebd.: 15].